

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt:

- 1. Der Landesbetrieb Straßen wird aufgefordert, ein zeitlich abgestimmtes und optimiertes Sanierungskonzept vorzulegen und in Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die drohende Staugefahr nicht zu einer unerträglichen Belastung für die auf Mobilität angewiesenen Menschen in der Region wird. Der Landesbetrieb wird darüber hinaus aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Straßenverkehrsbehörden eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Verkehrsentwicklung laufend beobachtet und mögliche und notwendige Maßnahmen zur Verkehrsentlastung ergreift.**
- 2. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Bonn die aus ihrer Sicht möglichen Verkehrsentlastungsmaßnahmen zu prüfen und umzusetzen. Hierzu gehören insbesondere ein verstärkter Einsatz des ÖPNV sowie die Nutzung des Fährverkehrs.**
- 3. Die Verwaltung wird aufgefordert, möglichst in Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Bonn die Bürgerinnen und Bürger der Region laufend über die Verkehrsentwicklung mittels Internet und Radio zu unterrichten und auf die Ausweichmöglichkeiten bzw. Umleitungen hinzuweisen.**
- 4. Der Landrat wird gebeten zu prüfen, den Bürgerinnen und Bürgern des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises Behördengänge zur Kreisverwaltung in der Form zu ermöglichen, dass entsprechende Anlaufstellen, Termine und Beratungsangebote im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis zur Verfügung gestellt werden können.**
- 5. Es wird erwartet, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW eine Verkehrssimulation unter Betrachtung des Gesamtnetzes einschließlich der absehbaren anderweitigen Baumaßnahmen durchführt und deren Ergebnisse mit den betroffenen Kommunen erörtert.**